

Anlage zur Niederschrift des Stadtrates  
vom 22. Juni 2017

Erklärung im Freitaler Stadtrat

22.06.2017

Am 17. Juni 1953, also vor 64 Jahren protestierten in Berlin, Dresden, Plauen und vielen weiteren Städten in der DDR rund eine Million Menschen auf der Straße.

Gegen Rechtlosigkeit, Unterdrückung, Bevormundung, Denunziation.

Der Protest wurde blutig mit den Panzern der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeschlagen.

Die Menschen hier mußten das Regime noch bis zum Herbst 1989 ertragen, erst dann gelang uns in der friedlichen Revolution die Befreiung vom Joch der sozialistischen Gewaltherrschaft.

Wesentlicher Pfeiler dieser Gewaltherrschaft war ein Klima der Angst, der Denunziation, der Verfolgung, Verleumdung und Bekämpfung freier Meinungsäußerung.

Die Presse und die Bildung war gleichgeschaltet, jedes Kind wußte zu unterscheiden zwischen Äußerungen in der Schule und daheim.

Wer seine Meinung freiheraus sagte, wurde bespitzelt, vom Nachbarn denunziert, verfolgt und eingesperrt. Seine Kinder kamen ins Heim unter teilweise unmenschlichen Bedingungen.

Einige hier haben es selbst erlebt. Und werden heute wieder verfolgt.

Der regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, sagte vorige Woche: „Der Mut und die Freiheitsliebe der Aufständischen des 17. Juni können uns auch heute noch ein Vorbild sein.“

Ihr Aufbegehren zeigt uns, dass es nichts Wertvolleres gibt als die Freiheit, als Gerechtigkeit und Demokratie. Und wie wichtig es ist, für diese Werte

einzustehen und sie gegen Angriffe wirkungsvoll zu verteidigen.

Das ist das Vermächtnis des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“

Der erste nach der friedlichen Revolution freigewählte Stadtrat in Freital hat damals beschlossen, daß nie wieder Denunziation und Unterdrückung geduldet werden sollen. Seitdem und bis heute unterzieht sich jedes Mitglied des Stadtrates einer Überprüfung durch die Stasi-Unterlagenbehörde.

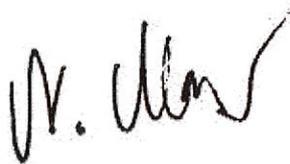
Nun erleben wir, wie mit fragwürdigen Gutachten, herbeifantasierten Unterstellungen, der Suche nach bereitwilligen Denunzianten, die ihre Nachbarn oder Kollegen anschwärzen und der öffentlichen Publikation solcher fieser Propaganda-Machwerke unsere Stadt Freital und deren friedliche und anständige Bürger mit Dreck beworfen werden.

Als Beispiel und Pranger für alle Bürger der ehemaligen DDR, die ihre Sehnsucht nach Freiheit und Rechtsstaat erhalten haben und dies auch laut sagen.

Wir erleben den erschreckenden Versuch von Frau Gleicke, die sich als Regierungsbeauftragte eigentlich um den Aufbau unserer Regionen kümmern sollte, das Rad der Geschichte erneut zurückzudrehen.

Als Fraktionsvorsitzender der AfD im Freitaler Stadtrat erkläre ich mich mit den friedliebenden und fleißigen Freitalern solidarisch. Wir stehen für unsere Stadt, für die Freiheit, gegen Bevormundung, Unterdrückung und Denunziation.

Norbert Mayer



Fraktion der AfD im Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital